

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Verlag: H. Kämpfe, Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort: Dresden.
Verlag: H. Kämpfe, Nr. 20618.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,80 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Innenpost Nr. 850. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261.
Verlagsstempel von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertate werden die Tageszeitung mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 61.

Dresden, Donnerstag den 14. März 1918.

29. Jahrg.

Odesa besetzt. — Kurland und Reichstags-Mehrheit.

Eine bedeutungsvolle Wahlkampf.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Heute am 14. März findet in Niederbarnim eine Wahl statt, die für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung von größter Bedeutung sein wird. Es handelt sich um den Wahlkreis Niederbarnim, der seit 30 Jahren eine Hochburg der Sozialdemokratie ist und doch in einem so hitzigen Wahlkampf umstritten wurde, wie während des Krieges noch kaum einer ausgefochten wurde.

Diese Lebhaftigkeit des Wahlkampfes rührt nicht von dem Ausreten dreier bürgerlicher Kandidaten her. Konfession, Nationalliberalismus und Fortschrittler sind diesmal selbstständig vorgegangen und haben sogar einige Agitation geleistet. Der konservative Amtsvorsteher Kühn-Virckenberger hat sich als erst deutscher Mann und Anhänger eines deutschen Kampfes im Sinne der Vaterlandspartei über die sogenannte „Reorientierung“ lustig gemacht, der nationalliberale Stadtrat von Richterberg, Dr. Marek, hat sich für das gleiche Wahlrecht in Preußen begeistert, das seine lieben Kollegen im Land gerade abwürgten, und der fortschrittliche Eisenbahnwerker Otto Hoffmann hat um die Stimmen der vielen Arbeiter und Kleinrentner im Kreise geworben. Aber die bürgerlichen Parteien brachten bei der letzten Wahl nur den dritten Teil der Stimmen auf, die allein auf die Sozialdemokratie fielen, und nichts spricht dafür, daß sie inzwischen an Boden gewonnen hätten.

Die Entscheidung über den Besitz des Wahlkreises liegt also lediglich zwischen der Sozialdemokratie und den Unabhängigen. Diese beiden Parteien rangen erbittert um den Besitz des Kreises, und für die Weidenschaftlichkeit der Zusammenkunft spricht deutlich genug die Tatsache, daß in Richterberg und Weitzensee die Unabhängigen durch Kärmen die sozialdemokratischen Versammlungen sprengten. Man mag die Wiederherstellung der proletarischen Einigkeit noch so dringend für notwendig halten, wenn man einen solchen Wahlkampf mit den Unabhängigen hinter sich hat, dann weiß man, daß man fest ausreißt und kräftig Deutsch reden muß, will man nicht von vornherein unter den Schritten kommen.

Die Heftigkeit des Kampfes rührt auch daher, daß über seinen Ausgang niemand, selbst nicht die organisierten Zeiler des Wahlkampfes, Auskunft zu geben vermögen. Bei der Parteipolitik ging unter Stadthogens Einfluß zunächst die sozialdemokratische Parteiorganisation des Kreises in ihrer ausschließlichen Mehrheit zu den Unabhängigen über. Die Unabhängigen haben denn auch anfangs geglaubt, daß sie mühelos siegen würden und einen mitteilend herablassenden Ton gegen die Partei anschlugen. Erst allmählich im Laufe des Wahlkampfes wurde ihnen klar, daß Jahlabend-Beschlüsse sich keineswegs mit der wirklichen Volksstimmung decken müssen: sie erkannten die Gefahr des Verlustes, die ihnen drohte, und verdoppelten ihre Anstrengungen wie ihre fanatischen Angriffe auf die Partei.

Die Unabhängigen haben gelegentlich geklagt, daß sie in diesem Wahlkampf Sonne und Wind im Gesicht hätten, in ihr ungünstiger Lage sehten müssen. Keinerlich scheint das auch so: sie haben kein täglich erscheinendes Blatt zur Verfügung, sitzen stark unter dem Belagerungsstand, hatten Schwierigkeiten mit dem Druck ihres Wahlmaterials und entbehrten zeitweilig ihres Kandidaten Dr. Breitscheid, der während des Wahlkampfes vorübergehend zu seinem Amierungsbezirk zurückkehren mußte. Aber was bedeuten diese kleinen technischen Schwierigkeiten der Wahlarbeit gegenüber der extrem ungünstigen politischen Situation, in der die Partei stand. Der Friede im Osten machte auf weite Kreise natürlich den Eindruck, als ob Deutschland doch eine Eroberungspolitik verfolgt und die Partei sich zu ihrem Werkzeug erniedrigt hätte. Von den großen neuen Reformen, deren Durchsetzung die Partei angebahnt hat, sind die wichtigsten Stücke noch nicht gegeben. Sätten wir heute schon das gleiche Wahlrecht in Preußen, wären die Unabhängigen in Niederbarnim und überall in einer viel ungünstigeren Lage als sie tatsächlich sind.

Die Sozialdemokratie hat sich durch die keineswegs einseitige Entwicklung der letzten Wochen nicht abdrücken lassen. Immerhin ist rühmlich ihre ganzen Anstrengungen vor den Wählern auszubreiten. Unter Kandidat, Arbeiterleiter Karl Wilsch, hat sich mit unabweidlicher Entschiedenheit für die Landesverteidigung und für die schrittweise Reform im Innern ausgesprochen, so klar und entschieden, wie niemals ein Parteikandidat vor ihm. Praktische Arbeiterpolitik, die Fortschrittlichkeit, das eigene Vaterland als Voraussetzung jeder Internationalität — das hat er in immer neuen Beweisstücken und Bildern den Wählern als seine Grundzüge vor Augen geführt.

Die Unabhängigen haben sich demgegenüber weder zur Landesverteidigung noch zu irgendeiner anderen großen politischen Frage klar geäußert. Sie haben sich damit begnügt, die „Gewerkschaftsbureaucraten und Parteibourgeois“ zu beschuldigen, von den geordneten Klubmitgliedern und den Leuten, die nicht zu phantazieren und vor allem recht oft „Regierungspolitiker“ und wieder „Regierungssozialist“ zu sagen. Dabei Wilsch, der seit 30 Jahren in treuer Arbeit das Ver-

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(M. T. A.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. März 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abschnitten zwischen der Lys und Scarpe, beiderseits der Maas und im Soudan in der Gegend von Vitry regere Tätigkeit. Auch an der übrigen Front vielfach lebhafteres Schützengewehr. Kleinere Infanteriegefechte im Bereiche der Stellungen.

Geleert wurden im Luftkampfe und von der Erde aus 17 feindliche Flugzeuge und drei feindliche Beobachtungsballons. Von einem nach Freiburg fliegenden feindlichen Beobachtungsballon wurden an der Front drei Flugzeuge heruntergeschossen.

Rittmeister Brethner u. Richterhofen errang seinen 65. Luflieg.

Osten:

Die im Einvernehmen mit der rumänischen Regierung von Brasila über Galatz-Bendern auf Odesa angelegten deutschen Truppen haben nach Vandalen Kampf bei Moldawenta Odesa besetzt. Ihnen sind von Rumänien her österreichisch-ungarische Truppen gefolgt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Fuchsberg.

trauen der Arbeiterschaft gerechtfertigt hat, wurde von ihnen als „Mann der General-Kommission“ mit allen möglichen Sünden belastet, die man den „Anhängern“ nur anhängen kann. Diese Kampfesweise zwang die Partei, auch die Person des unabhängigen Kandidaten, des Herrn Dr. Rudolf Breitscheid, ins rechte Licht zu setzen. In zehn Jahren hat der Mann für vier verschiedene Parteien nicht bloß öffentlich gewirkt, sondern auch Kandidaturen übernommen. Während er als Unabhängiger auf die Hintertreppe politischer Mehrheiten schimpfte, hat er dringlich einen Reichstagsabgeordneten der Partei, doch seinen Einfluß beim Kriegsministerium aufzuwenden, um ihn vom Militärdienst zu befreien. Auch durch den bürgerlichen Magistrat von Wilmersdorf wurde er eine Resolution befürwortet zu lassen. Vor seiner Stellungnahme zur Landesverteidigung hat kein anderer als Karl Radek gewarnt, weil Breitscheid zu franzosen- und engländerfeindlich sei. Wegen Dogmatismus und Prinzipienreiterei hat Breitscheid in Reden und Aufsätzen jahrelang padende Worte gefunden. Die Milder des „Allerheiligsten Sozialistischen Gedankens“ hat niemand bitterer verpörrt als er. Und jetzt stellt er sich im Wahlkampf als Prinzipienwastler hin und wirft mit großer Emphase der Sozialdemokratie vor, daß sie die alten Grundzüge verfallen hätte!

Niederbarnim, Stadthogens Erbe, den Kreis der großen Arbeitervororte im Osten und Norden Berlins, wollen die Unabhängigen um jeden Preis halten. Verlieren sie ihn, dann ist ihre Bewegung verurteilt, nach dem Kriege zu einer kleinen unfruchtbarren Sekte zu werden. Was sie fürchten, hoffen wir; denn es bedeutet die Wiederherstellung der Parteieinheit.

Die baltische Frage.

Wie jetzt in der Presse mitgeteilt wird, hat der deutsche Verwaltungschef von Kurland, v. Gögler, die Erhebung des kurländischen Landesherrn, in der beschlossenen wurde, dem Kaiser den kurländischen Herzoghut anzutragen, geleitet und am Schlusse das Ergebnis mit großer Befriedigung begrüßt. Hat Herr v. Gögler im Auftrage der deutschen Regierung gehandelt oder treibt er auf eigene Faust Politik? Erteilt wirklich die deutsche Regierung hinter Herrn v. Gögler, so würde sie damit einen großen Vertrauensbruch gegenüber dem Reichstag begehen. Ist aber Herr v. Gögler selbstständig vorgegangen, so ist es höchste Zeit, daß er schleunigst von seinem Posten entsetzt wird. Es wäre das ein unerträglich Zustand, wenn irgendein Beamter kein Amt dazu misbrauchen dürfte, ohne Zustimmung des Reichstages und der Regierung auf politische Entscheidungen hinzuwirken, die ihm selbst zwar gefallen mögen, aber für das deutsche Volk die größten Nachteile haben können. Inzwischen haben sich erweislichweise die Mehrheitsparteien des Reichstages und besonders der Abgeordnete Erzberger bei einer Besprechung mit dem Reichskanzler gegen das kurländische Verbandsprojekt ausgesprochen. Es ist dort geltend gemacht worden, es sei heute verfrüht, das Ostproblem stattdessen zu einer endgültigen Entscheidung und Regelung zu führen.

Auch die Frankfurter Zeitung hat starke Bedenken gegen die vom kurländischen Landesherrn vorgeschlagene Regelung. Sie meint, wenn der Landesherr bejaht sein solle, einen Landesherren zu wählen, so würde er sich auch als berechtigt ansehen zur Verletzung der Verfassung, die künftig in Kurland herrschen solle. Das könnte zur Folge haben, daß in einem Land, in dessen Verhältnisse weder der deutsche Reichstag noch der preussische Landtag hineinzuwirken hätte, Zustände herrschen würden, die zu auswärtigen Verbindungen den Grund legen könnten und für die dann das deutsche Volk die Kosten tragen müßte. Wenn wirklich, so meint die Frankfurter Zeitung, die Reichsregierung sich entschließt, Kurland an Deutschland anzugliedern, dann sei es am besten, das Land

zu einer preussischen Provinz zu machen. Wir sind der Ansicht, wenn sich wirklich die Mehrheit der Bevölkerung Kurlands für den Anschluß an Deutschland ausspricht, dann wäre die Errichtung eines selbständigen Bundesstaates mit demokratischen Staatseinrichtungen die beste Lösung. Dann würden den kurländischen Volksmassen die Vorteile zufallen, die mit einer Angliederung des Landes an das Deutsche Reich für sie verbunden sein könnten. Die deutsche Sozialgesetzgebung müßte eingeführt werden. Außerdem wäre die Sicherheit gegeben, daß die Letzen, die die große Mehrheit der Bevölkerung bilden, in den gesetzgebenden Körperschaften des Landes die Mehrheit hätten, und es wäre ausgeschlossen, daß ihre Rechte zugunsten der kleinen baltischen Herrenklasse irgendwie beschneidet würden. Die Frankfurter Zeitung beschäftigt sich auch mit dem von dem kurländischen Landesherrn geäußerten Wunsch, daß das ganze Baltikum im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengefaßt werde. Mit Recht weist sie darauf hin, daß die baltischen Lebensinteressen sich nicht einfach mit den Anforderungen der baltischen Deutschen decken, indem sie ausführt:

Der Friedensschluß hat gewaltige Veränderungen in Rußland herbeigeführt, die, wenn sie dauern bleibt, dieses Riesensland zum geborenen Verbündeten aller Feinde Deutschlands machen muß. Eine mit unseren Nachkommen eine solche Verbündeten machen wollen wir nicht ernstlich mit uns zu Rate gehen, nicht aber unbeschadet nach der Meinung von Körperschaften verfahren, von denen man nicht sicher weiß, wen sie eigentlich vertreten. So viel man aus den letzten Äußerungen unserer Reichsregierung schließen konnte, war es noch längst nicht ihre Absicht, Ostland und Ostland dem Reich anzugliedern. Wir möchten nicht, was inzwischen ihre Meinung verändert haben könnte.

Natürlich ist die Kreuzzeitung Feuer und Flamme für die vom kurländischen Landesherrn gewünschte Angliederung des baltischen Gebietes an Deutschland. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß wir nicht daran denken, uns in Ostland und Ostland festzusetzen, ist allerdings nach ihrer Meinung noch ein Stein auf dem Wege der vom kurländischen Landesherrn erhofften Entwicklung. Sie meint aber, Ostland würde dem Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ins Gesicht schlagen, wenn es dem deutlich befundenen Willen Ostlands und Ostlands, zu dem deutschen Reich in das gleiche Verhältnis wie Kurland zu treten, Schwierigkeiten bereiten wollte. Es ist wirklich zum Weinen, wenn ausgerechnet ein Blatt wie die Kreuzzeitung von den Rufen eine Forderung des Selbstbestimmungsrechtes fordert, obwohl sie sonst für dieses Selbstbestimmungsrecht nicht ein Wort übrig hat.

Vorläufig haben ja Ostland und Ostland in seiner Weise den Willen zum Anschluß an Deutschland bekundet, was schon aus dem Grunde bisher unmöglich war, weil keine Körperschaft in diesem Gebiet vorhanden ist, die irgendwie auf den Gedanken käme, den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Im übrigen steht die Tatsache fest, daß Ostland und Ostland nicht zu dem Gebiet gehören, das durch den deutsch-russischen Friedensvertrag Rußland entgegen ist. Verlangt die Kreuzzeitung, daß wir einfach den deutsch-russischen Friedensvertrag brechen oder will sie gar Ostlands und Ostlands wegen eines neuen Krieges mit Rußland beginnen? Zutrauen ist den Leuten von der Kreuzzeitung mit ihren unbefriedigten Eroberungsgelüsten alles.

Rußlands Revanchege danken.

Deutsche Verhandlungen mit der russischen Revolutionärsregierung?

Sant demütigen Stabsberichts sind deutsche Truppen in Odesa eingebracht. Mit diesem Zug nach Süden ist nunmehr auch Besarabien durch eine deutsch-österreichische Frontlinie von Rußland getrennt. Odesa ist mit seinen mehr als 500 000 Einwohnern die Hauptstadt des bisherigen Rußlands am Schwarzen Meer und der Hauptbandelhafen Rußlands überhaupt. Er liegt an der gleichnamigen Mündung, die hier 45 Kilometer vor in die Nordküste einmündet. Die Tiefe des Hafens beträgt nicht weniger als 25 Meter Tiefgang, und der Vorhafen ist durch Wellenbrecher von mehr als 1200 Meter Länge sowie durch zwei Hafendämme geschützt.

Die russische Flotte des Schwarzen Meeres bemerkt Odesa als Basis. Die Verteidigungsanlagen der Stadt sind hauptsächlich zu ihrem Schutze nach der Ostseite hin angelegt worden; und bestanden aus dreien an der Küste sich anschließenden Kasernen, mit deren Vor von dem russischen Türkischen Kriege im Jahre 1876 begonnen wurde.

Peterburger Telegramme des Giornale d'Italia befragen die Anhänger Lenins hätten erklärt, daß Ostland, sobald die inneren Verhältnisse reorganisiert seien, den Kampf gegen Deutschland wieder aufnehmen. Ostland würde übernehmliche Anstrengungen machen, um ein neues Meer auszuweiten. Das italienische Blatt legt hier übrigens die ganze italienische Presse noch immer große Hoffnungen auf den Wiedertritt Rußlands in den Krieg.

Zur finnischen Frage kommen über Stockholm wichtige Meldungen. Danach soll die Bevölkerung von Ostland gleich-